Nr. 321 Abend-Ausgabe
B 158

Berlin

Mittwoch, 10. Juli 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

„Front des Widerstands"

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren hat gestern eine Sitzung veranstaltet, die als „Kundgebung" bezeichnet wird, obwohl die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war. Das ist stets der Fall, wenn Geheimrat Hugenberg auftritt, der eine unüberwindliche Scheu davor hat, sich auf irgendwelche Diskussionen einzulassen, und sich deshalb auch im Reichstag ängstlich hütet, das Wort zu ergreifen.

Die Veranstaltung wurde im alten Herrenhaus abgehalten, dessen feudale Mitglieder in dem Daseinskampf der Nation bis zuletzt ihre Vorrechte aufrechtzuerhalten suchten und damit das Ihre taten, um die Evolution zu verhindern und die Revolution vorzubereiten. Dieselbe Presse, die ihnen dabei Beifall gespendet hat, verkündet heute, daß sich nunmehr „das deutsche Volk zum Wort gemeldet" habe und daß der Kampf um den neuen Tributplan eine „Zeitwende für Deutschland" zu werden verspreche.

Ein Glück, daß das deutsche Volk das wenigstens nachträglich erfährt. Vorher war von der Veranstaltung im Herrenhaus nichts bekannt. Und was dabei wirklich vorgegangen ist, weiß man auch nicht, da nur offiziöse Berichte verbreitet werden, geschmückt mit einem Bilde, das den „Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg vor dem Reichsausschuß" darstellen soll. Man sieht daraus etwas undeutlich die Kehrseite einer Anzahl von Herren mit kahlen oder grauen Köpfen und auf der Rednertribüne einen schwarz-weißen Fleck. Das Ganze: Volksbewegung im Entstehen.

Als Redner und Akteure werden hervorgehoben: Franz Seldte vom Stahlhelm, der Landbundführer Minister a. D. Schiele, General von der Goltz von den „Vaterländischen Verbänden", Adolf Hitler, Dr. Wendhausen, der Mecklenburgische Landvolkchef, der Landtagsabgeordnete Rüffer, der als nationaler Arbeiter bezeichnet wird, Annagrete Lehmann, die „im Namen der deutschen Frauen" redete, der Wirtschaftsführer Dr. Fritz Thyssen. Alle acht zusammen erhalten kaum soviel Raum wie Hugenberg allein.

Als Ergebnis wird die folgende Entschließung mitgeteilt:

1. Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren übernimmt das vom Stahlhelm angeregte Verfassungs-Volksbegehren als seine Aufgabe und wird seine Durchführung weitertreiben.

2. Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren stellt den Kampf gegen den auf dem erpreßten Kriegsschuldbekenntnis aufgebauten Pariser Tributplan in die vorderste Linie seiner Aufgaben. Er wird mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere mit dem Mittel des Volksbegehrens, dagegen kämpfen, daß die Ratschläge der Pariser Sachverständigen zum Gesetz für das deutsche Volk erhoben werden. Er ruft alle Deutschen zum Widerstand gegen den Pariser Tributplan auf."

Das bedeutet in höflicher Umschreibung, daß der Stahlhelm nun doch sein eigenes Volksbegehren, das die Verfassung ändern soll, auf unbestimmte Zeit vertagt, und daß an seine Stelle die organisierte Sabotage der Außenpolitik treten soll. Dieses eigentliche Ziel wird von dem „Tag" folgendermaßen getrennzeichnet:

„Der Reichsausschuß wird sich nicht mit einem Vorstoß gegen den Young-Plan begnügen; er wird, wenn der erste Vorstoß an dem Widerstand des Parlamentes und an verfassungswidrigen Schwierigkeiten scheitern sollte, nochmals vorstoßen, und er wird nicht ruhen, bis er die außenpolitische Front in Deutschland klar gegliedert hat: **hier die Front des Widerstandes, dort die Front der Nachgiebigkeit.** Die gestern gebildete Einheitsfront wird den Kampf mit ganz anderen Mitteln führen können, als sie bei der bekämpfung des Dawes-Planes vorhanden waren. Der Wille zur Einheit hat gesiegt."

Aus der Rede Thyssens wird mitgeteilt, daß er den Beitritt des Generaldirektors Vögler zu dem Reichsausschuß mitgeteilt habe. Die Hugenberg-Presse unterstreicht mit begreiflicher Genugtuung die Tatsache, daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei sich an einer Aktion beteiligt, die sich in erster Linie gegen den Führer der Deutschen Volkspartei und die Politik richtet, die er mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit betrieben hat und weiter zu betreiben gedenkt.

Mit welchen Mitteln dabei gearbeitet wird, zeigt die Tatsache, daß Adolf Hitler die Regierungskundgebung vom 28. Juni, in der die Alleinschuld Deutschlands zurückgewiesen wurde, als ein „erneutes Schuldbekenntnis" bezeichnete. Diese Kundgebung trägt bekanntlich an erster Stelle die Unterschrift Hindenburgs. Zu dem rechtsradikalen Aktionsprogramm gehört die Verunglimpfung des Reichspräsidenten, wie schon im vergangenen Jahre die Parole des Alldeutschen Verbandes zeigte, dessen Vorsitzender als enger Freund Hugenbergs in den Arbeitsausschuß der neuen Einheitsfront gewählt wurde. Auch sonst kann man sich auf einiges gefaßt machen. Der angebliche Kampf gegen die Kriegsschuld wird offenkundig zur Verschleierung der wahren Ziele benützt. Man spekuliert auf die Unwissenheit mit der bewußt unwahren Behauptung: „Fällt die Schuldlüge, fallen die Ketten."

Organisatorisch bedeutet die Eingliederung Adolf Hitlers in eine gemeinsame Front mit Landbundführern und Industriellen einen Erfolg des Hugenbergkreises. Saubere Generalstabsarbeit, um mit dem Verherrlicher Hugenbergs, Professor Ludwig Bernhard, zu sprechen. Was Taktik und Organisation vermögen, wird erstaunlich gut bewältigt. Was fehlt, ist das geistige Element, das Verständnis für die Aufgaben der Zeit, das Gefühl für die umstürzende Aenderung, die seit 1914 in Deutschland, in Europa, in Rußland und Amerika vorgegangen ist. Es ist die Ueberschätzung der Materie, die Unterschätzung des Geistes, die immer wieder die taktischen Erfolge des Hugenbergkreises in strategische Niederlagen verwandelt. Sieht man nur auf die Karten, können ihre Pläne nicht fehlschlagen und doch hat sich immer wieder erwiesen, daß alles, was sie gebaut haben, Kartenhäuser waren, die der Hauch der Wirklichkeit umblies.

Schade um so viel mißleitete Energie, so viel Kraft und Stoff, so viel gutes Material, das der Wiederaufrichtung der Nation große Dienste leisten könnte! Und doch immer wieder vergeudet wird, weil man die Schreibtischarbeit alter Generalstäbler und ostelbischer Vorkriegslandräte mit Führertum verwechselt!

J. E.

Der Kanzler geht zur Konferenz

Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers war vor seiner Reise nach Mergentheim so ungünstig, daß mit seiner Teilnahme an der politischen Reparationskonferenz damals nicht gerechnet werden konnte, besonders da man annahm, daß die Konferenz schon Mitte Juli beginnen werde.

Jetzt darf es als feststehend gelten, daß die Regierungs-Konferenz, gleichgültig, ob sie in London oder in der Schweiz tagen soll, auf den 5. oder 6. August einberufen werden wird. Da sich das Befinden des Reichskanzlers inzwischen bereits erheblich gebessert hat, dürfte die ursprüngliche Disposition geändert werden.

Reichskanzler Müller-Franken wird die Führung der deutschen Regierungsdelegation übernehmen, da auch alle anderen Mächte durch die Regierungschefs vertreten sein werden.

Bombenanschlag in Schleswig

Landratswohnhaus in Niebüll zerstört

Ein Sprengstoffattentat wurde in der Nacht zum Mittwoch auf das Wohnhaus des Landrats Dr. Stalweit in Niebüll in Schleswig-Holstein verübt. Obwohl die Familie des Landrats im Hause schlief, wurde durch einen glücklichen Zufall niemand verletzt. Dagegen ist der Sachschaden erheblich. Die eine Wand des Hinterhauses wurde vollständig weggerissen, die Küchenwände sind durch die Wucht der Explosion buchstäblich zerfetzt worden.

Die Explosion erfolgte durch eine Bombe mit Zeitzündung. Die Täter sind unerkannt entkommen. Lediglich ein Auto wurde beobachtet, das zur Zeit der Explosion mit raserder Schnelligkeit in südlicher Richtung fortfuhr. Man nimmt an, daß die Attentäter dieses Auto zur Flucht benutzt haben. Am Tatort fanden sich am Vormittag der Regierungspräsident von Kiel, Vertreter der Staatsanwaltschaft Flensburg und der Landeskriminalpolizei ein. **Die Untersuchung wird um so eingehender geführt, als dies innerhalb weniger Monate bereits das siebente politische Attentat in dieser Gegend ist.**

Der Regierungspräsident von Kiel betont, daß die Bevölkerung der Gegend durchaus ruhig sei und solche Gewaltstreiche scharf verurteile. Die Attentäter sind zweifellos in einer kleinen Gruppe von Leuten zu suchen, die zum nationalsozialistischen Landvolk in Schleswig gehören. Gerade von der Nationalsozialistischen Partei Schleswigs wird eine wüste Hetze gegen den Staat und besonders gegen die Finanzämter getrieben.

Das preußische Ministerium des Innern, dem bereits telephonisch vom Regierungspräsidenten in Kiel der erste Bericht über das neue Attentat gegeben worden ist, hat aus Staatsmitteln eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Im übrigen wird der Kieler Regierungspräsident über die weiteren Maßnahmen zu entscheiden haben.

Das erste Bomben-Attentat in Schleswig-Holstein ereignete sich in der Nacht zum 27. November 1928 in Hollenstedt (Kreis Schleswig) auf das Haus des Amts- und Gemeindevorstehers. Am 28. November wurde in Lunden im Kreise Nord-Dittmarschen ein Dynamitattentat auf das Automobil des Amtsvorstehers gemacht. Am selben Tage ist eine Bombe am Hause des Amtsvorstehers von Beidensiefth zur Explosion gebracht worden. In der Nacht zum 6. April dieses Jahres wurden in Wesselburen Handgranaten gegen das Haus des Kreisdeputierten Hüßmann geworfen. In der Nacht zum 23. Mai ereignete sich die Explosion im Landratsamt von Itzehoe. In der Nacht vom 29. zum 30. Mai schließlich wurde in der Autogarage des Schulrates von Hohenwestedt ein Paket Pulver zur Explosion gebracht. Es liegt also zweifellos eine planmäßige Aktion gegen die Vertreter der Behörden und andersdenkenden Personen vor.

Opfer der Spionage-Psychose

Wieder ein Deutscher in Polen verhaftet

Das Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Kriegergräberfürsorge, Oberbaurat Arndt aus Gelsenkirchen, ist in der Nähe der polnischen Stadt Kielce verhaftet worden, als er einen dortigen Soldatenfriedhof photographierte, was polizeilich verboten ist. Leider begnügten sich die polnischen Ortsbehörden nicht mit der Verhängung einer Polizeistrafe, sondern leiteten sogleich eine Untersuchung wegen Spionage ein, anscheinend, weil Arndt für seine Fahrt, die er im Auto unternahm, und für die Auffindung der Friedhöfe einige im Buchhandel käufliche Generalstabskarten Polens bei sich führte. Der mehr als sechzigjährige Herr, der u. a. die Gräber seiner eigenen Söhne in Polen besuchen wollte, befindet sich nun bereits seit Ende voriger Woche in Haft.

Wie wir auf Anfrage erfahren, sind von amtlicher deutscher Seite bereits Vorstellungen in Warschau erhoben worden, die aber leider bisher erfolglos geblieben sind.

In dem Fall dreier deutscher Studenten, die vor einiger Zeit in Ostgalizien auf einer Fahrt durch die dortigen deutschen Siedlungen verhaftet worden waren, hat sich die Untersuchungshaft jetzt bereits auf zwölf Wochen ausgedehnt. Es ist dringend zu wünschen, daß die polnischen Behörden, die ernsthaft an der Harmlosigkeit der Verhafteten nicht zweifeln können, gegenüber dem betagten Vertreter der Kriegsgräberfürsorge nicht ebenso verfahren.

Afghanisches Diplomaten-Gepäck

Paris, 10. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Einen etwas peinlichen Abschied von seiner Tätigkeitsstätte wird wahrscheinlich der bisherige afghanische Gesandte in Paris nehmen, der inzwischen nach Moskau versetzt worden ist. Der Gesandte hatte nämlich eine Beschwerde an die französische Zollverwaltung gerichtet, weil ihm vier große Kisten, die als diplomatisches Gepäck deklariert worden waren, nur durchgelassen worden ist.

In dieser Beschwerde erklärte der Gesandte, daß die vier Kisten lediglich persönliche Gegenstände enthielten. In dem Augenblick aber, wo die Zollverwaltung zur Freigabe des Diplomatengepäcks sich entschloß, stellte sie fest, daß aus einer dieser Kisten ein verdächtiges weißes Pulver herausrieselte. Eine chemische Untersuchung ergab, daß dieses weiße Pulver nichts anderes als Heroin war. Sofort wurden sämtliche Kisten geöffnet, und man stellte fest, daß sie alle bis zum Rande mit diesem gefährlichen Rauschgift gefüllt waren.

Gegen den Diplomaten wurde sofort eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet wegen Mißbrauchs der Diplomatenexemtion und verbotener Einfuhr von Rauschgiften. Der Wert der Heroinsendung beträgt etwa eine Million Franken.